

28. OKT



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SP/XV/248 - 28. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Notwendige Klärung</u> Zur letzten Moskautote der Westmächte	35
2 - 3	<u>Frankreich wird unruhig</u> Im siebenten Jahr des Algerienkriegs Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schuer	60
4	<u>Kindergeld nach dem Fürsorgeprinzip?</u> Das Fiasko einer verfehlten Familienpolitik	38
5 - 6	<u>"Kongolesische" Zustände</u> Zur Situation auf dem Wohnungsmarkt Von Dr. Wilhelm Hoegner, Bayerischer Ministerpräsident a. D.	79
7	<u>Kuriositäten zur Vermögensbildung</u> Zwei Fragen an Herrn Dr. Barzel	28

* * *
* * *

Notwendige Klärung

sp - Mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, haben die drei Westmächte in gleichlautenden scharf formulierten Noten an die Sowjetunion nochmals ihre Haltung in der Berlinfrage präzisiert. Sie haben Moskau vor jeder Behinderung des Luftverkehrs nach Berlin gewarnt, den Anspruch Pankows, Ostberlin sei Teil des Territoriums der Sowjetzone, zurückgewiesen, den Behörden der Zone das Recht abgesprochen, den Verkehr zwischen beiden Teilen Berlins zu beschränken oder darüber zu bestimmen, wer in Berlin Tagungen und Kongresse abhalten darf und die Sowjetunion daran erinnert, eingegangene internationale Verpflichtungen zu erfüllen. Großes Gewicht hat auch die in der Note enthaltene Feststellung, daß Abmachungen zwischen der Sowjetunion und ostdeutschen Behörden "in keiner Weise die Verantwortung der vier Großmächte für die Wahrung des Viermächte-Status Gesamtberlins berühren".

Die Note kommt zur rechten Stunde, sie fand den richtigen Ton und die richtigen Worte. Hier und da sind in der Weltöffentlichkeit Zweifel darüber aufgetaucht, ob es Moskau und Pankow doch noch gelingen werde, durch Salamtaktik die Westmächte aus Berlin herauszudrängen. Diese Note macht solchen Zweifeln ein begrüßenswertes Ende. Die Westmächte werden eine Beeinträchtigung ihrer vertraglich zugesicherten Rechte in Berlin nicht dulden und sie sprechen zurecht von einer "gefährlichen Situation", die entstehen würde, käme es zu dem wahrscheinlichen Versuch, den Luftkorridor nach Berlin zu behindern.

Dies gilt auch für Pankow. Es maß sich Hoheitsrechte an, die ihm nicht zustehen. Dazu wurden und werden die Herren in Pankow von Moskau ermuntert. Der sowjetische Ministerpräsident hat zwar in letzter Zeit wiederholt versichert, er werde in den nächsten sechs Monaten die Berlinfrage ruhen lassen, aber Herr Ulbricht hält sich nicht daran, er stellt durch fortgesetzte Nadelstiche und Schikanen die Glaubwürdigkeit seines Meisters infrage. Die Einhaltung von völkerrechtlich gültigen Verträgen ist die Basis zwischenstaatlichen Zusammenlebens; wer Verträge einseitig kündigt, bereitet den Boden vor für gefährliche Entwicklungen, er macht sich als Vertragspartner unmöglich und künftige Unterschriften unter internationale Vertragswerke verlieren an Wert. Es ist gut, daß die Westmächte die Sowjetunion an diesen simplen Tatbestand erinnert haben. Es trägt zur Klärung bei.

Frankreich wird unruhig

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der 27. Oktober 1960 ist ein Wendepunkt in der französischen Entwicklung aus mehreren Gründen. Zum ersten Mal zogen grosse Menschenmassen nicht mit Lohnforderungen, sondern ausschliesslich mit der Friedenslösung für Algerien durch die Strassen, trotz ausdrücklichem Verbot und grossem Polizeiaufgebot. Schon die Tatsache dieser Demonstration ist bedeutsam. Hinzu kommt, dass sie in Paris von den Kommunisten boykottiert wurde, während die Sozialisten, insbesondere die der PSU (Unabhängige sozialistische Partei) mit den Gewerkschaften verschiedener Richtungen an der Spitze standen und zahlreiche Verletzte zu beklagen haben, darunter einige frühere Minister und der Parteivorsitzende Depreux.

Die Sprechchöre "Frieden", "Schluss mit dem Krieg" und "Verhandeln" ertönten in den Betrieben und auf den Plätzen mehrerer grosser Städte in der Provinz und vor allem in der Hauptstadt, im Universitätsviertel bis zum Pariser Stadtgefängnis. All das kann nicht mehr gut überhört werden.

Es hat lange gedauert ehe es soweit kam. Die französische Öffentlichkeit verhielt sich lange ziemlich gleichgültig zum Algerienkrieg. Der Anstoss kam von der studentischen Jugend, die durch die militärischen Einberufungen direkt betroffen ist und dem allgemeinen Missbehagen immer bewussteren Ausdruck gab.

Die Radikalisierung nahm zu, Desertationen und Hilfeleistungen für die FLN waren keine Einzelfälle mehr, wie verschiedene politische Prozesse der letzten Zeit bewiesen. Die verantwortlichen Stellen verfolgten diese Entwicklung mit Sorge. Frankreichs Kardinäle und Erzbischöfe warnten dieser Tage in einer besonderen Botschaft. Die Führer der offiziellen französischen Studentenvertretung (UNEF) und der Lehrerschaft, denen man von rechteradikaler Seite in verleumderischer Weise Defaitismus oder Pro-Kommunismus vorwirft, bemühen sich, den wachsenden Unmut der Hochschülerschaft in legalen Grenzen zu halten

und mit dem allgemeinen Streben nach Wiederherstellung des Friedens und Verteidigung der demokratischen Freiheiten zu begründen.

Eben diesem Zweck diene das Vorhaben der demokratisch gesinnten Hochschülerschaft, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Kundgebung vom historischen Platz der Bastille zum Platz der Republik durchzuführen, einen jener Demonstrationenzüge, die in der Vergangenheit immer wieder stattfanden, zum letzten Mal am 28. Mai 1958, mit stillschweigender Billigung der letzten Regierung der 4. Republik, damals mit Beteiligung der Kommunisten.

Der Vorschlag fand zuerst Zustimmung bei allen Gewerkschaften, den christlichen, sozialen und auch in der kommunistischen CGF, die aber dann auf strenge Weisung des ZK der KPF ihre Unterstützung zurückzog und die Studenten im Stich liess.

Und das ist nicht das geringste Ereignis dieser Oktobertage. Aus welchen Gründen widersetzte sich die KP und die von ihr kontrollierte Gewerkschaftsführung mit solcher Vehemenz der gemeinsamen Aktion, die in der Jugend verschiedenster Richtungen spontan entstanden war und von den unabhängigen Linkssozialisten bis zur katholischen und protestantischen Jugend reichte? Offiziell sagte die KPF, sie wolle nicht an einer "verbotenen" Demonstration teilnehmen. Diese Entschuldigung nimmt aber niemand ernst. Man weiss, dass Moskau von Anfang an der 5. Republik gegenüber besondere Pläne verfolgte und die eigenwillige und spontane Opposition der studentischen Jugend mit Misstrauen verfolgte. Man erwartete aber in Pariser Linkskreisen nicht, dass die kommunistische Parteiführung bis zur offenen Sabotage einer Friedenskundgebung gehen könne und ist jetzt um eine Erfahrung reicher.

Der Algerienkrieg tritt am 1. November in sein siebentes Jahr. Am gleichen Tag wird die algerische Exilregierung eine wichtige Erklärung abgeben. Drei Tage später, am kommenden Freitag, wendet sich General de Gaulle wieder an die Nation. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das französische Volk schon in nächster Zeit zu einer Volksabstimmung aufgerufen wird, um auf diese Weise einer Lösung näherzukommen.

Kindergeld nach dem Fürsorgeprinzip?

K.Sch-r. Was Bundesminister Blank am Freitag in Beantwortung der grossen Anfrage der SPD betreffend Kindergeld im Bundestag erklärt hat, war nicht nur enttäuschend. Es war bestürzend. Zweitkinder sollten nur dann so erklärte Blank wörtlich, in die Kindergeldgesetzgebung einbezogen werden, "wo die Einkommenslage der Familie dies erfordert". Dies bedeutet mit anderen Worten die Einführung des Bedürftigkeitsprinzips in die Familienpolitik. Dies bedeutet die Abstempelung der Familienpolitik zu einer "Arme-Leute"-Politik. Das hat mit einer vernünftigen Familienpolitik nichts mehr zu tun.

Die von Blank abgegebene Regierungserklärung erfolgte im ausdrücklichen Einverständnis mit Familienminister Wuermeling und der CDU/CSU-Fraktion. Wenn auch zuzugeben ist, dass eine Gewährung von Kindergeld nach Bedürftigkeitsgrundsätzen sehr wohl dem sogenannten "neuen Sozialstil" entspricht, so hat doch der Sozialexperte der SPD, Prof. Schellenberg, zu Recht an Erklärungen des Familienministers erinnert, die dieser am 14. 10. 1954 bei Verabschiedung des ersten Kindergeldgesetzes abgegeben hat:

Die Bundesregierung lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, unsere Familienpolitik zu einer Politik des Mitleids mit den "armen Leuten mit den vielen Kindern" stempeln zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle fest, dass jeder derartige Versuch ein Angriff auf die familienpolitische Grundkonzeption der Bundesregierung ist.

(erneuter Beifall bei der CDU/CSU)

So lange ich die Verantwortung für die Grundlinien dieser Familienpolitik trage, werde ich jeden Versuch, in längst überholte Mitleidstheorien zurückzufallen, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Nun erklärte Wuermeling im Bundestag, es wäre schon "lange Zeit" her, dass er solche Erklärungen von sich gegeben habe. In der Tat bestätigen auch die wiederholten Rücktrittsofferten, die Wuermeling dann selbst nicht ganz ernst nahm, dass er offenbar ein sehr kurzes Gedächtnis hat. Die SPD wird es sich angelegen sein lassen, dem Erinnerungsvermögen des Ministers und der Regierung, die er vertritt, nachzuhelfen. Kindergeldgewährung nach dem Fürsorgeprinzip wäre das Ende jeder vernünftigen Familienpolitik. Die SPD wird sich nur mit umso grösserem Nachdruck für ihre Forderung einsetzen:

Kindergeld aus allgemeinen Steuermitteln auch für Zweitkinder.

"Kongollesische" Zustände

Von Dr. Wilhelm Hoegner,

Bayerischer Ministerpräsident a.D.

In Bayern sind von den im ersten Halbjahr 1960 mit öffentlichen Wohnungsbaumitteln geförderten 19 445 Wohnungseinheiten fast die Hälfte, nämlich 9300, Familienheime und Kleinsiedlungen. Gegenüber dem Vorjahr sind das bereits um 4 Prozent mehr. Dabei liegen n.Zt. noch 8000 unerledigte Anträge auf Zuteilung öffentlicher Wohnungsbaumittel für die Erstellung von Eigenheimen und Kleinsiedlungen vor. Der Hunger nach dieser wohl idealsten Wohnungsform ist also noch lange nicht gestillt. Leider besteht auf diesem Gebiet ein beträchtlicher Unterschied zwischen Stadt und Land. Während in den sieben bayerischen Regierungsbezirken der Anteil an Kleinsiedlungen und Eigenheimen über 70 Prozent des gesamten öffentlich geförderten Wohnungsbaus beträgt, haben die Großstädte nur einen Anteil von 22 Prozent.

Hier wirken sich die große Bodenknappheit und die ungeheuer gestiegenen Grundstückspreise verheerend aus. Gewiss ist Grund und Boden nur in begrenztem Ausmass vorhanden und in der freien Wirtschaft regelt die Nachfrage den Preis, aber innerhalb weniger Jahre den Preis für Grundstücke um das Zehnfache zu steigern, ist keine freie Wirtschaft mehr, sondern Bodenwucher. Jeder kleine Warenhändler wird mit Recht bestraft, der Spekulant aber, der dem landungserigen Mitmenschen die Tausender aus der Tasche ziehen kann, nur weil er - ohne eine Hand zu rühren - sich den gesteigerten Preis erschaffen hat, gilt als braver Bürger und Ehrenmann. Dabei befindet sich in unserer bayerischen Verfassung in Art. 158 der Satz: "Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offentlicher Mißbrauch des Eigentums genießt keinen Rechtsschutz." Eine ähnliche Bestimmung findet sich im Art. 14 des Bonner Grundgesetzes. Diese schönen Worte klingen angesichts der tatsächlichen Verhältnisse wie klutiger Hohn. Um dem Bodenwucher wirksam entgegenzutreten, sind bisher nur unsulängliche Mittel angewendet worden.

Im Galopp...

Aber auch die Baukosten sind allein von November 1958 bis Mai 1960 um 10,2 Prozent gestiegen. Das ist keine schrittweise Verteuerung des Bodens mehr, da muß man schon von einem Galopp sprechen, allerdings auch von der galoppierenden Schwindsucht im Geldbeutel des Bauersparers.

Nun will man den überhitzten Bauplatz durch Verteuerung der Hypothekendarlehen um 1 bis 2 Prozent dämpfen. Der soziale Wohnungsbau macht aber auf dem Bauplatz nur ungefähr ein Drittel aus; die anderen zwei Drittel fallen auf den Industriebau der Großbetriebe. Nun macht dem Großverdiener eine monatliche Höherbelastung von 30 bis 50 DM für Hypothekendarlehen nichts aus, der Kleine aber dagegen sein Häuschen wie ein Luftschloß in unerreichbare Höhe entschweben. Dabei sagte der Herr Wohnungsbauminister kürzlich, der

28. Oktober 1960

soziale Wohnungsbau werde in gleichem Ausmaß wie bisher weitergeführt.

Wie reißt sich das mit der Tatsache zusammen, daß die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau Jahr für Jahr um 10 Prozent gekürzt werden? In den Großstädten wird man - wenn nicht von Bund und Land Hilfe kommt - jede Hoffnung auf eine Besserung der verzweifeltsten Wohnungslage aufgeben müssen.

Das Elend der Pendler

Dazu kommt das Elend der Pendler, die von Wohnsitz zum Arbeitsplatz täglich bis zu 60 Kilometer und mehr zurücklegen müssen. Die Zahl der Pendler, die zum Beispiel jeden Morgen nach München hereinströmen und am Abend wieder nach Hause fahren, beläuft sich auf mehr als 90 000. Da haben wir einen Bundeswohnungsbauminister, der bis zum Jahr 1965 nach seinem, von der Mehrheit des Bundestages beschlossenen Plan die Mietpreise freigeben und den Mieterschutz im wesentlichen beseitigen will. Das wird in den Großstädten, in denen die Zahl der Wohnungssuchenden in den letzten Monaten erheblich gestiegen ist, geradezu "kongoleesische Zustände" herbeiführen.

Zum Familienleben auf dem Lande muß stärker als bisher die Beschaffung von Arbeitsplätzen auf dem Lande kommen, wenn wieder gesunde Zustände in Stadt und Land einkehren sollen.

Eigentum befreit von Abhängigkeitsverhältnissen und Bindungen, die oft eine Quelle ständiger Streitigkeiten sind. In einem eigenen Heim aber kann man sich heimisch fühlen und wenn dann noch ein kleiner Garten dabei ist, verliert man nicht die Föhlung mit der lebendigen Natur. Vernünftige Eltern werden auch ihren Nachwuchs mit den natürlichen Freuden des Gartens zu fesseln wissen. Kögen heute noch so viele junge Menschen dem Sausewahn frönen und glauben, ohne italienische Sommerreise und südlich-süßliche Liebeslei nicht leben zu können, so wird auch das vorübergehen und viele Menschen werden sich wieder nach gemüthlicher Häuslichkeit und nach der Ruhe eines stillen Gartens sehnen.

Der schaffte Staatsbürger mit sicherem Arbeitsplatz und schönem Familienheim ist eine wertvolle Stütze des Staates; ein herumzigeunernder Mensch aber, ein Unhekauster, bringt in der Regel wenig Nutzen für Stadt und Gesellschaft.

+ + +

Kuriositäten zur Vermögensbildung

sp - Der Vorschlag der Sozialdemokratie zu einer gerechteren Vermögensverteilung hat die CDU aufgestört. Im Deutschland-Union-Dienst der CDU bemüht sich Herr Barzel - bekannt durch die rühmlose Aktion "Rettet die Freiheit" - von "sozialisiertem Privateigentum" zu sprechen. Es lohnt sich nicht, mit Herrn Barzel zu diskutieren, wieso eigentlich sozialisiertes Eigentum zugleich Privateigentum sein kann. Aber zwei Fragen drängen sich auf:

1) Herr Barzel meint, eine Besteuerung des Vermögenszuwachses der Großunternehmen sei eine Enteignung; den Unternehmen werde etwas weggenommen, was ihnen gehöre; die Privatinitiative werde erstickt. Hat Herr Barzel nicht an der CDU-Fraktions-Sitzung am 27. 9. 1960 teilgenommen, in der der Herr Bundeskanzler ausführte, er habe von Gewinnen in der Industrie gehört, die in ihrer Höhe nicht zu ertragen seien, die Regierung müsse Maßnahmen ergreifen, die die Richtigen treffen.

2) Herr Barzel meint, die Sozialdemokratie müde den Arbeitnehmern zu, für Werte, die sie selbst geschaffen haben, doppelt zu zahlen. Wie steht es eigentlich mit der Volksaktie, die den Arbeitnehmern des Volkswagenwerkes angeboten wird? Us mit Herrn Barzel zu reden: Wird hier den Volkswagenwerkarbeitern zugemutet, die von ihnen selbst geschaffenen Werte in Gestalt der Volksaktie doppelt zu bezahlen? Will er wirklich vorschlagen, die Volksaktie gratis zu verteilen? Hat er die Absicht, damit beim Volkswagenwerk zu beginnen?

Oder sollte man Herrn Barzel nicht lieber empfehlen, die Finger von Dingen zu lassen, von denen er nichts versteht. Er könnte sich sonst verbrennen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschoffel